

«Es geht um Sein oder Nicht-Sein der Schweiz»

– Interview mit Christoph Blocher

Er kämpft seit Jahrzehnten für die Unabhängigkeit seines Landes, für direkte Demokratie und gegen die Unterordnung unter die Europäische Union – und ist so zum Hassobjekt der Brüsseler Eliten avanciert: Christoph Blocher, Urgestein und Altbundesrat der Schweizer Volkspartei, im COMPACT-Gespräch.



Blocher gilt als der Franz Josef Strauß der Schweiz. Foto: xy

Unser Kampf währt beinahe schon ein Vierteljahrhundert.

Wilhelm Tell ist der Schweizer Mythos schlechthin – sind Sie dessen aktuelle Reinkarnation?

Ein lebender Mensch ist kaum ein Mythos. Aber Wilhelm Tell ist das Symbol des Freiheitskämpfers schlechthin. Insofern werden mir gewisse Parallelen zugeschrieben.

Inwiefern?

Wilhelm Tell ist eine alte schweizerische Sage. Ob sie passiert ist, ist Nebensache. Der Kern der Tell-Sage ist die mutige Auflehnung gegen eine fremde Herrschaft. Tell ist Sinnbild für den Freiheitskampf der gesamten Schweizer Geschichte. Das Selbstbestimmungsrecht der Schweiz ist bis heute eine der tragenden Säulen.

Und dies muss stets verteidigt werden. Das Recht auf Selbstbestimmung war der Kern der alten Bundesbriefe 1272 – der ist nicht auffindbar – und 1291 – der befindet sich heute im Bundesbriefarchiv. Es ist auch der Kern der Bundesverfassung, die 1848 den liberalen Bundesstaat schuf. Auch heute ist die Wahrung der Unabhängigkeit zuvorderst in der geltenden schweizerischen Bundesverfassung festgeschrieben. Wilhelm Tell wehrte sich mutig dafür.

Schiller ist für seine politische Überzeugung auch eingestanden – nicht wahr?

Der deutsche Dichter Friedrich Schiller hat die Figur des Wilhelm Tell so bekannt gemacht, dass wir uns alle an ihm orientieren können und er uns moralischen Halt gibt. Schillers Tell ist ein tiefsinniges Drama. Anfangs des 19. Jahrhunderts, als Schiller dieses Drama dichtete, war der Freiheitskampf auch im heutigen Deutschland ein Thema. Der Autor war sich dessen bewusst, sein Held Tell verkörpert den Freiheitskampf schlechthin und nicht bloß den schweizerischen.

Demokratie und Diktatur

1992 haben Sie in Tellscher Manier den Kampf gegen den Vertrag zur Einbindung der Schweiz in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) geführt, und zwar gegen das gesamte politische Establishment sowie das Unternehmertum. Dieses politische Ringen um die Nichteinbindung der Schweiz in die EU-Struktur ist bis heute aktuell?

Ja, das war der alles entscheidende politische Kampf des letzten Jahrhunderts. Hätten wir ihn verloren, so wäre die Schweiz heute Mitglied der Europäischen Union und das hätte massive Konsequenzen für die schweizerischen Staatssäulen wie Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, direkte Demokratie und Neutralität gehabt.

Die Schweizer wollen mehrheitlich nicht in die EU, trotzdem hält dieser politische Kampf unvermindert an?

Dieser Kampf währt nun beinahe schon ein Vierteljahrhundert, und so schnell wird die Sache nicht vom Tisch sein. Das Tragische an diesem Kampf ist: Es geht um Sein oder Nicht-Sein der Schweiz, um ihre Institutionen, ihre Freiheit – um nicht mehr und nicht weniger! In der Schweiz ist die oberste Gewalt die Bürgerschaft. Nur mit der Mehrheit des Volkes und der Mehrheit der Kantone kann die ganze Verfassung



des Landes gewährleistet werden, und Gesetze nur mit der Mehrheit der Bürger. Die Mitgliedschaft der Schweiz in der EU wäre mit viel größeren staatspolitischen Konsequenzen verbunden als für andere Staaten, die über keine direktdemokratischen Strukturen verfügen.

Mächtige Player beeinflussen Politiker leichter als ein ganzes Volk.

Befindet sich die Schweiz wirklich auf dem Weg in eine Diktatur – wie Sie unlängst räsontiert haben?

In der Tendenz, sicher! Sowohl Legislative – das Parlament, Exekutive – der Bundesrat und die Verwaltung, als auch die Judikative – das Bundesgericht – arbeiten massiv daran, die verbrieften Volksrechte sukzessive auszuhebeln. Die Volksabstimmungen werden durch Berufung auf schwammiges Völker- und Menschenrecht nicht mehr durchgesetzt, wenn sie diesen Kreisen nicht in den Kram passen. Nur ein Beispiel: Die Ausschaffungsinitiative, notabene von Volk und Ständen angenommen, verlangt dass kriminell gewordene Ausländer zwingend des Landes verwiesen werden. Das wird aber nicht gemacht, weil sie angeblich internationalem Recht zuwiderlaufe. Die Behörden beginnen, über den Souverän, die Bürger, hinweg eigenhändig zu diktieren. Das ist das Wesen der Diktatur.

Woran machen Sie diese fest?

Die Schweiz war in ihrer Gesetzgebung bis 2012 autonom, einzige Schranke war das «zwingende Völkerrecht». Unter dieses Recht fallen zum Beispiel Sklaverei- und Folterverbot sowie der Völkermord und dergleichen unbestrittene Forderungen mehr. Nun hat das Bundesgericht in einem wegweisenden Gerichtsentscheid eine neue Grenze aufgemacht, die nichts anderes beinhaltet, als dass nun das Völkerrecht schlechthin, das heißt das internationale Recht, über der Verfassung stehen soll. Das Schweizer Volk und die Kantone als Souverän werden weggeputscht. Die dritte Schiene, die in die Diktatur führt, ist das neue Rahmenabkommen, das die Schweiz mit der EU abschliessen will. Die Schweiz hat rund 300 bilaterale Verträge mit der EU, und auf all diesen Gebieten soll nun automatisch die ganze EU-Rechtsentwicklung übernommen werden. Dabei wird der Schweiz keine Möglichkeit geboten zu bestimmen. Im Streitfall soll der Europäische Gerichtshof (EuGH) entscheiden. Das ist für die Schweiz in höchstem Maße diktatorisch! Fremdes Recht und fremde Richter werden eingesetzt. Darum wird die SVP eine «Volksinitiative zur Umsetzung von Volksentscheiden – Schweizer Recht geht fremdem Recht vor» lancieren. Die Gesetzgeber und deren Vollstrecker haben sich dann daran zu halten.

Elite und Volk

Warum will die politische Klasse die Schweiz in die EU hineinzwingen?

Ein klassischer Interessengegensatz. Der klare Verlierer bei einem allfälligen EU-Betritt wäre die Schweizer

Sitzungssaal des Nationalrates, dem Christoph Blocher bis zum 31. Mai 2014 angehörte.
Foto: parlament.ch

Das SVP-Urgestein

1940 * Christoph Blocher

1977 bis 2003 Präsident der Schweizerischen Volkspartei (SVP) des Kantons Zürich.

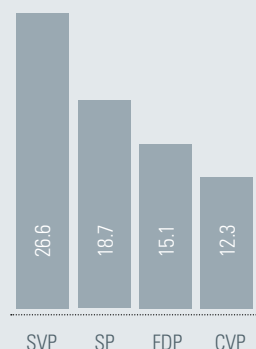
1979 bis 2003 Mitglied des Nationalrates, des Schweizer Parlamentes.

2003 bis 2007 leitet er als Bundesrat das Polizei- und Justizdepartement, was in Deutschland der Funktion des Bundesinnenministers entspricht.

2003 Die Anteile an der von ihm seit 1973 geleiteten Firma Ems Chemie gibt er an seine Nachkommen ab.

2011 bis Mai 2014 Nach seinem Rücktritt ist er erneut Abgeordneter des Nationalrates. Seit 2008 ist er zusätzlich Mitglied des Vizepräsidiums der SVP.

Wahlen zum Nationalrat 2011



GPS 8.4 Prozent
 BDP 5.4 Prozent
 glp 5.4 Prozent
 EVP 2.0 Prozent
 Sonstige 6.1 Prozent

■ Wähleranteil in Prozent

Quelle: Parlament.ch

Anmut und Wehrhaftigkeit sind in der Schweiz kein Widerspruch.
 Foto: The Independent

Bevölkerung. Aber für die Politiker, Richter und Behörden ist das Volk ein Hemmschuh. Dieser Hemmschuh verschwindet bei einem EU-Beitritt weitgehend.

Warum ist das Volk ein Hemmschuh?

Schweizer Behörden können auch nach den Wahlen nur das tun, was durch Volksabstimmungen, Referenden, Volksinitiativen vorgegeben ist. Sie können nicht alleine regieren. «Politiker sind die Knechte des Volkes», wie ich einmal sagte. Das Referendum – für die Verfassung ist es obligatorisch, für die Gesetzgebung nur, wenn dies 50.000 Unterschriften verlangen – ist eine der ganz großen Stärken der Schweiz. Das letzte Wort hat nicht der Politiker, sondern der freie Bürger. Dieser Hemmschuh passt den Politikern, der Verwaltung, den Richtern gar nicht. Der Staat ist für die Bürger da, und nicht die Bürger für den Staat. Ein EU-Beitritt der Schweiz kehrt diesen Grundsatz ins Gegenteil.

Aber auch weite Teile der Intelligenzija sowie das Unternehmertum können diesem Lockruf der EU etwas abgewinnen.

Intelligenz schützt vor Dummheit nicht! Die Mehrheit der Unternehmer will nicht in die EU. Aber die direkte Demokratie lieben – vor allem – Großunternehmer auch nicht. Als Mann der Wirtschaft war ich auch schon in Verhandlungen in Brüssel involviert. Was dort passiert, ist für mich kein rechtsstaatlicher Ablauf. Was dort abgeht, gleicht eher einem arabischen Basar.

Einem arabischen Basar, nicht einem amerikanischen-europäischen?

Vom Stil her, meine ich. Interessen prallen auf Interessen – der Stärkere gewinnt. Das ist nicht rechtsstaatlich. Und mächtige Player – wie dies Großunternehmen sind – beeinflussen Politiker leichter als ein ganzes Volk. Diese Unternehmen vergessen dann leicht das Gesamtwohl eines Landes. Der Hauptgrund, warum es der Schweiz freiheitlich, wirtschaftlich und gesellschaftlich besser geht, liegt darin begründet, dass die Schweiz eben nicht in diesem EU-Gebilde eingebunden ist. Sie verdankt dies den Staatssäulen. 1992 bei der großen Europaabstimmung prognostizierten die ganze Classe politique und die Wirtschaftsverbände den wirtschaftlichen Niedergang der Schweiz, falls die Schweiz dem EWR, das heißt der EU, nicht beitreten würde. Genau das Gegenteil ist geschehen – der Schweiz geht es besser als den EU-Staaten.

«Politiker sind die Knechte des Volkes.» Christoph Blocher

Die EU ist eine suprastaatliche Großstruktur mit 28 Ländern, die in Geschichte, Sozialstruktur und kultureller Identität unterschiedlich sind. Welche Determinante hält ein solches Gebilde zusammen?

Eine intellektuelle Idee stand am Anfang, und unter einer Idee können sich viele zusammenfinden. Nämlich: Wir Europäer halten zusammen und schauen, dass es keinen Krieg mehr gibt. Die entscheidende Frage ist nur, wie Sie dieses unterstützungswürdige Unterfangen bewerkstelligen wollen. Hier denke ich unternehmerisch und nicht politisch. Wie macht man das im Detail? Was sind die Folgen – die Nebenfolgen? Die Gründungsstaaten und später die Hinzugekommenen wurden irgendwie zusammengebunden, und auch wieder nicht zusammengebunden. Es entstand eine Mischung zwischen einem lockeren Staatenbund und einem zentralistischen Bundesstaat. Wäre dieses Gebilde ein lockerer Staatenbund, wäre die Schweiz faktisch dabei.

Wirklich?

Ja. Die Schweiz hat im Alltag engere Beziehungen zu vielen EU-Staaten als die EU-Staaten unter sich. Aber einbinden lassen will sich die Schweiz nicht. Ich bin auch überzeugt, dass die EU so nicht funktionieren kann. Nehmen wir zum Beispiel die Euro-Konstruktion, die ja Teil dieser intellektuellen Fehlkonstruktion ist. Man ist fasziniert von einer gemeinsamen Währung, aber das geht nur gut, wenn sich alle Länder auch an disziplinierende gemeinsame Bedingungen halten.



Ich höre immer noch Bundeskanzler Kohl, wie er überzeugend sprach: «Jawohl, wir haben Konvergenzkriterien, an die sich alle Staaten halten müssen: Kein Staat darf mehr als 60 Prozent Schulden vom Wert des Inlandsproduktes haben; kein Staat hat mehr als drei Prozent Teuerung; kein Staat hat mehr als drei Prozent jährliches Defizit.» Wo aber ist die Kraft, die das durchsetzen kann? Heute erfüllen bald alle EU-Staaten diese Kriterien nicht mehr. Selbst Deutschland hat die 60 Prozent überschritten. Gegen einen Staat, der diese Vorschriften missachtet, sind keine staatlichen Machtmittel im Vertragswerk implementiert. Weil die EU-Staaten und ihre Mentalitäten so verschieden sind, kann das Ganze nicht funktionieren. Wozu führt das? Als Beispiel: In Italien wurde in der Geschichte die eigene Währung immer wieder abgewertet. Die Lira hat stets an Wert verloren, damit konnte die Wirtschaft wieder exportieren. Nun geht das nicht mehr. Der Euro ist für Italien zu stark. Abwertung ist nicht möglich. Hingegen hat Deutschland eine zu schwache Währung, darum geht es der Exportindustrie sehr gut, aber mit dem Nachteil, dass sich Deutschland an eine solche schwache Währung gewöhnt. Ungleiches gleich zu behandeln, ist nicht gut.

Der Euro und Europa

Ist der Euro ein Finanzdebakel?

Seit 1848 ist die Schweiz ein Staatenbund, und es dauerte lange, bis wir wirklich eine einheitliche Währung hatten. Heute wissen wir, dass es eines Finanzausgleichs unter den Kantonen bedarf, damit alle Partizipierenden wirtschaftlich ungefähr gleich stark sind. Am Problem des Finanzausgleichs zwischen starken und schwachen Ökonomien arbeitet jetzt die Europäische Union. So wie ich das sehe, wird das auf zwei Geschwindigkeiten hinauslaufen. Das hängt man natürlich nicht an die große Glocke. Da wird es die ärmeren Südstaaten geben und den Kern, der vorgehen wird. England ist sowieso halb Mitglied und halb Nichtmitglied der EU, das sind die Intelligentesten im ganzen Umzug.

Das würde bedeuten, Deutschland müsste für alle übrigen Mitglieder der EU diesen Finanzausgleich erbringen?

Ja, darauf läuft es denn wohl hinaus! Zum Kern wird aber auch oft Frankreich gezählt.

Frankreich? Aber das Land ist doch ökonomisch am Limit, oder?

Stimmt, Frankreich ist wirtschaftlich bald ebenso schlimm dran wie Italien. Dann gibt es ja wohl nur noch Deutschland und die Benelux-Staaten. Deutschland sagt natürlich auch so, was gilt – der Starke gibt den Ton an.

Ist der Euro die Abrissbirne für Europa?



Ich bin nicht der Meinung, dass ohne Euro die EU von der Bildfläche verschwinden müsste. Aber eine andere Konstruktion wäre erforderlich, nämlich ein lockerer Staatenbund. Zur Zeit gilt jedoch die Doktrin, der Euro muss in jedem Fall gehalten werden, das ist das oberste Ziel, ergo bricht er erst zusammen, wenn ihn die EU nicht mehr zu halten vermag. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat gesagt: «Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.» Diese Währung wurde von Anfang an nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen geschaffen. Alle Partizipanten erhielten dasselbe Geld und waren somit eingebunden – ein Konstrukt, aus dem es kein Entrinnen mehr gab. Es ist immer gefährlich, wenn Sie eine Geldkonstruktion machen, deren ökonomischer Sinn darin besteht, politisch die Leute zu etwas zu zwingen, das sie eigentlich gar nicht wollen.

Werden wir, wenn alle bald bankrott sind, Rebellionen oder gar Revolutionen in Europa haben?

Bei den Wahlen haben wir bereits jetzt schon gewisse Anzeichen. In Italien erhält der Komiker Beppe Grillo so viele Stimmen, ohne dass er über ein Parteiprogramm verfügen würde. Was macht Grillo? Er nimmt die Politik auf die Schippe – that's it, und die Wähler geben die Stimme, weil sie sich sagen, es läuft aufs Selbe hinaus. Der gemeinsame Nenner ist die Unzufriedenheit.

Blocher polarisiert die Eidgenossen: Hier Proteste gegen die SVP in Lausanne, 2007. Foto: Rama, CCL 3.0



Christoph Blocher ist ein großer Verehrer des Schweizer Malers Albert Anker (1831-1910). Der Politiker besitzt 272 Originale. Die Kunst Ankers zeige ihm, «dass man in dieser Welt bestehen kann, auch wenn es noch so schwer scheint», sagte er vor einigen Jahren der Zeitschrift «Schweizer Illustrierte». Foto: Gemälde



SVP-Großveranstaltung in Luzern, 2014. Foto: SVP Luzern

Links und rechts

Vermögen Sie als Konservativer der klassischen Links-Rechts-Kategorisierung in der Politik noch etwas abzugewinnen?

Die klassischen Grundfragen, die in der Politik mit links und mit rechts bezeichnet werden, bleiben natürlich erhalten. Links steht für die politische Richtung, die möglichst viel vom Staate gelenkt wissen will; keine freie Marktwirtschaft; Interventionismus; obligatorische Sozialsysteme und so weiter. Bei den Rechten liegt die Betonung auf der Eigenverantwortlichkeit des Bürgers und seiner Freiheit der Wahl. Bei der großen Frage, ob die Schweiz unabhängig sein soll oder nicht, stehen diese Bezeichnungen nicht im Vordergrund. In der Aktion für eine unabhängige neutrale Schweiz AUNS, die ich mitgegründet habe, greift diese Klassifizierung jedenfalls nicht mehr so richtig. Aber ganz besonders in unserem aktuellen Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt sind auch linke und grüne Organisationen mit an Bord. In einer Frage haben wir eine Klammer: Die Schweizer sollen in der Schweiz bestimmen.

Die schweizerische Demokratie ist ein politischer Exportschlager – Schottland, Baden-Württemberg, Vorarlberg, die Lombardei und Sardinien reklamieren mehr Demokratie nach Schweizer Vorbild. Könnte die Schweiz diese Gebiete nicht beitreten lassen, wovon manche träumen?

Von solchem Ansinnen halte ich nicht viel. Die angrenzenden Länder rund um uns sehen natürlich, dass ein Vorteil daraus resultiert, nicht in der EU zu sein. Den ausländischen Bürgern ist nicht entgangen, dass sich via Abstimmung an der Urne politische Resultate erzielen lassen, die sie mit ihren

Politikern nicht erreichen können. Das ausländische Medienecho zur Masseneinwanderungs-Initiative anfangs Februar 2014 war der gewaltige Ausdruck davon, sodass es selbst mein Konterfei auf den Titel des *Spiegels* schaffte. Allein der Shitstorm der Bürger hat dies erzwungen. Das Magazin war unter Zugzwang der Leser geraten. Aber die direkte Demokratie der Schweiz ist über Jahrhunderte gewachsen und nicht nur ein System, sondern auch eine kulturelle Mentalität. Wir haben ein ganz anderes Verhältnis zum Staat, und allein in dieser Hinsicht ist die Differenz zwischen der Schweiz und Deutschland enorm. Das Buch *Die Besserkönnner* des deutschen Journalisten Wolfgang Koydl weist auf diese Besonderheiten exemplarisch hin.

Ein Systemwandel bringt demzufolge noch lange keine Demokratie?

Beim Arabischen Frühling jubelten alle: Jetzt kommt Demokratie, wenn auch keine direkte! Was haben diese Bestrebungen bewerkstelligt? Kaum sind diese Extremisten an die Macht gekommen, haben sie alle übrigen Kräfte verdrängt. Macht allein genügt nicht, Sie müssen über eine demokratische Natur verfügen, wenn Sie politisch einen Ausgleich bewerkstelligen wollen. Bei uns, wenn die Mehrheit entschieden hat, wird der Unterlegene, also die Minderheit, nicht totgeschlagen. Wie gesagt, die direkte Demokratie ist ein subtiles und etwas kompliziertes Gebilde. Koydl hat herausgefunden, dass es nur eineinhalb Demokratien auf der Welt gibt. Die ganze attribuiert er der Schweiz und die halbe den USA, weil man dort auch noch hie und da abstimmen kann. Allerdings stelle ich mit Freude fest, dass in Deutschland Bestrebungen im Gange sind, den Bürger vermehrt in die politische Entscheidungsfindung einzubinden.



Das Werk Albert Ankers umfasst mehrere Tausend Bilder. Die genaue Anzahl ist nicht bekannt. Allein etwa 600 Aquarelle schuf er trotz einer gelähmten rechten Hand nach einem Schlaganfall im Jahre 1901. Foto: Gemälde

Die Schweizer sollen in der Schweiz bestimmen.

Die Schweiz und Russland

Die USA und die Europäische Union haben Ende Februar auf dem Maidan eine negative Rolle gespielt. Was fällt Ihnen zum aktuellen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland ein?

Was ich hier vertrete, ist meine persönliche Auffassung. Zunächst zum Ukraine-Krim-Konflikt: Die Staatsmänner sollten eigentlich wissen, dass dies ein heikles Gebiet ist, nämlich die Zone zwischen dem westlichen und dem östlichen Einflussgebiet. Diese Barriere ist nicht mit dem Ende des Kalten Krieges verschwunden. Die Sowjetunion war bankrott und musste diese Länder preisgeben, weil das kommunistische System nicht funktioniert hat. Wer die russische Geschichte kennt, weiss, dass Land für den Russen etwas Besonderes repräsentiert.

Etwas Mythisches?

Ja, genau. Vorstellungsmässig vergleichbar mit unseren Freiheitsrechten. Die Russen verzichten lieber auf die Freiheit, als Staatsgebiete preiszugeben. In diesem Zusammenhang haben sich EU und USA nicht geschickt verhalten. Die haben der Ukraine sowohl den EU- als auch den NATO-Beitritt versprochen. Das ist das nordatlantische Verteidigungsbündnis! Somit versteht es sich von selbst, dass der Russe Angst bekommt, wenn vor seiner Haustüre ein Raketenzaun steht. Darauf hat Russland reagiert, wie man auch nicht hätte reagieren dürfen, indem es im Grunde genommen die Krim besetzt hat. Die Schwäche dieses neuen Regimes in Kiew sieht man daran, dass dieser Einmarsch ohne eine einzige Schussabgabe erfolgt ist.

Aber bitte, die Krim-Bürger haben zu 96,8 Prozent für die Aufnahme in die Russische Föderation votiert und die UNO-Charta hält explizit das Selbstbestimmungsrecht der Völker hoch.

Ich kann dies zu wenig beurteilen, aber ich würde mich wehren, wenn die Deutschen nun plötzlich im schweizerischen Jura eine Abstimmung durchführen würden. Das hat zwar keine Aktualität, aber dort in der Ostukraine herrscht Krieg – und Wirtschaftssanktionen sind eine Kriegsmaßnahme. Der Zürcher Reformator Huldreich Zwingli hat vermerkt: «Der traurigste Krieg ist der Brotkrieg, da verhungern die Menschen, und die Soldaten kommen ungeschoren davon.»

Wie neutral verhält sich die Schweiz in diesem Konflikt?

Die Schweiz müsste sich hier stur draussen halten – dies als konsequent neutraler Staat.

Macht sie das nicht?

Theoretisch schon – aber in der Praxis: fraglich. Neutralität ist schwierig. Es gilt, die Sanktion gegen einen Staat nicht mitzuvollziehen, aber diese auch nicht durch überschäumenden Handel zu unterlaufen, was auch der Nichtparteinahme zuwiderlaufen würde. Also

unsere langjährige Praxis ist: Die Sanktionen nicht mitmachen, aber den Handel beim Status quo einfrieren. Das hat die Schweiz jetzt bekannt gegeben, allerdings scheint es, dass sie der EU entgegenkommt. Steckt sie schon zu weit unter einer Decke mit der EU?

Und unter einer mit der NATO?

Mitglied ist die Schweiz nicht, aber tragischerweise sind wir die NATO-Partnerschaft für den Frieden eingegangen. Das ist eine amerikanische Vertragskonstruktion gewesen, und wir haben keine Volksabstimmung darüber machen können, weil dieses Abkommen nicht dem obligatorischen Referendum unterlag. Dieses NATO-Abkommen Partnerschaft für den Frieden ist natürlich ein indirekter Anschluss an die NATO. Nun hat gerade unser Verteidigungsminister, Bundesrat Ueli Maurer, bekannt gegeben, dass die Schweiz die Armee wieder aus der NATO-Partnerschaft herauslösen will. Ob wir das fertigbringen, weiss ich nicht.

Das würde bedeuten, dass Sie gegen eine unipolare Welt sind, wie sie die Amerikaner zu etablieren versuchen?

Ja, natürlich. Das wird ihnen auch nie gelingen!

Warum nicht?

Zu schwach, zu schwach!

Zu schwach, obwohl sie die größte Militärmacht der Welt sind?

Was haben sie als größte Militärmacht seit dem Zweiten Weltkrieg fertiggebracht? Nur Kriege verloren und dauernd neue angezettelt. Im Koreakrieg konnten sie nur den Süden halten. Vietnam? Das war doch kein

Wird die Schweiz ausgesaugt? SVP-Plakat zur Volksabstimmung gegen Masseneinwanderung. Foto: Archiv

Blocher, der Schwabe

Christoph Blocher über seine Herkunft: «Meine Vorfahren sind Anfang des 19. Jahrhunderts aus Baden-Württemberg nach Schattenhalb im Berner Oberland eingewandert, wo der Urgrossvater lange Zeit Lehrer gewesen und dann eingebürgert worden ist. Ich meinerseits bin als Sohn eines Pfarrers an der deutschen Grenze in Laufen am Rheinfall aufgewachsen. Vom Elternhaus habe ich nach Deutschland gesehen und man lebte in enger Nachbarschaft mit den Deutschen. Von daher sind mir beide Kulturen eng vertraut sowie deren unterschiedlicher Habitus, der sie auszeichnet. Die Mentalität ist, obwohl der gleichen Sprache zugehörig, total verschieden, das merkt man bereits in den angrenzenden Gemeinden. Schon wie die reden: «Der Herr Bürgermeister», das ist dort eine Autorität. Hier trinkt man mit dem Gemeindepräsidenten sein Feierabendbier. Wir haben zu diesen sogenannten Autoritäten ein viel lockereres Verhältnis und selbstverständlich ein anderes Staatsverständnis. Der Bürger fühlt sich für sein Gemeinwesen verantwortlich, so reklamiert der bei seinem Straßen-Inspektorat, wenn beispielsweise eine "Sauerei" auf der Strasse liegt.»





Wilhelm-Tell-Denkmal in Altdorf von 1895; auf dem Sockel das Datum des Rütlichschwurs, 1307.
Foto: LoC, Public Domain

La grande Suisse

«Immer mehr Nachbarregionen wollen der Schweiz beitreten». Mit dieser Behauptung begann ein Beitrag im Schweizer Nachrichtenportal *20min.ch* Ende Juli. «So sähe die neue Großmacht Schweiz aus», ist der Artikel überschrieben. Er zeigt eine Landkarte, auf der nicht nur die Schweiz, sondern auch der Süden Deutschlands, Südtirol, die Lombardei und Sardinien rot eingefärbt sind. Zur Begründung verweist das Nachrichtenportal auf eine aktuelle OECD-Studie: Diese zeige, dass Baden-Württemberg und Bayern besser zur Schweiz passten als zum übrigen Deutschland. Tatsächlich hat die libertäre Partei der Vernunft (PdV) im Schwabenland für diese Idee geworben und dabei auch von SVP-Politikern Unterstützung erhalten. In Sardinien hat eine Facebookgruppe namens «Canton Marittimo» bereits über 6.000 Mitglieder. Außerdem soll es im Oktober 2014 in Bozen eine Konferenz mit dem Titel «Kanton Südtirol – Utopie oder Modell?» geben.

■ Die offizielle Schweizer Politik und auch die SVP in ihrer Mehrheit halten von diesen Visionen nichts. Als nach dem Ersten Weltkrieg das österreichische Vorarlberg der Schweiz beitreten wollte, lehnte man in Bern ab.

Sieg. Afghanistan? Auch nicht. Irak ist ein Debakel. Amerika ist schon eine Weltmacht, jedoch ist sie nicht so aufgestellt, dass die Hegemonie umfassend gelingt.

Also eine konfuse Politik?

Jawohl. Vor 20 Jahren habe ich gesagt, die einzige Weltmacht auf dieser Welt ist Amerika – das ist vorbei. Da kommen die großen Weltmächte China und andere, die dürfen wir nicht unterschätzen. China kenne ich nun sehr gut. Wir sind als Zulieferer im Auto-Bereich tätig. Das Land Nummer eins im Auto-Bereich ist bereits China. Die großen Autokongresse der Welt finden heute in Shanghai oder Peking statt.

Kunst und Politik

Wie spiegelt sich die Bedrohung der Schweiz in der Kunst wieder? Nehmen wir den Schweizer Pavillon bei der Weltausstellung in Sevilla 1992 unter dem Motto «La Suisse n'existe pas» von Ben Vautier oder «Die Geldvernichtungsmaschine» von Harald Szeemann auf der Expo in Neuenburg 2002 – sehen Sie diese künstlerischen Manifestationen in einem politischen Zusammenhang?

Im weiteren Zusammenhang sicher! Die Kunst konnte sich immer begeistern für Wirtschafts- und Banken-Bashing, das ist soweit nichts Neues. Für den Satz «La Suisse n'existe pas» konnten sich die Künstler deshalb begeistern, weil sie eben auch keine Schweiz mehr wollen. «Die Geldvernichtungsmaschine» war ein Angriff auf die Banken. Es ist klar, die Schweizer Banken haben viel Geld, und der Angriff auf das Bankkündengeheimnis bekam so einen spektakulären moralischen Anstrich. Alle diese Kunstwerke sind wohl zufällig von Juden geschaffen worden – aber das Bankkündengeheimnis wurde seinerzeit in der Nazizeit eingeführt, damit die jüdischen Verfolgten ihre Vermögenswerte gegenüber ihren Häschern nicht offenlegen mussten.

Ist das schweizerische Bankgeheimnis eigentlich definitiv vom Tisch?

Nein, nur gegenüber dem Auslands-Fiskus. Eigentlich haben wir die Rechtshilfe-Prinzipien preisgegeben. Die Sache liegt darin begründet, dass in der Schweiz zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung unterschieden wird. Beim Steuerbetrug gibt es schon lange kein Bankkündengeheimnis mehr. Hingegen bei der Steuerhinterziehung. Hier geht es im Schweizer Verständnis nicht um ein Verbrechen, sondern um ein Vergehen. Das Bankkündengeheimnis gegenüber Privaten gilt nach wie vor absolut; und das Bankkündengeheimnis gilt weiterhin gegenüber dem schweizerischen Staat.

Das schweizerische Bankgeheimnis ist nur gegenüber dem Auslands-Fiskus vom Tisch.

Bei Ihnen als Pfarrerssohn gehe ich davon aus, dass Sie ein gläubiger Mensch sind. Welche Rolle spielt der Glaube in Ihrem täglichen Leben?

«Pfarrers Söhne, Müllers Vieh geraten selten oder nie.» Die Religion interessiert mich an sich, sowie auch die Bibel. Ich beschäftige mich stark mit Karl Barth. Ich sage stets etwas überspitzt: «Es ist nicht so wichtig, dass wir an Gott glauben, sondern es ist wichtig, dass er an uns glaubt.» «Ich glaube» heisst, ich habe «den Zuspriech Gottes». Es ist wichtig, dass er an uns glaubt, und daher habe ich ein gesundes Gottvertrauen. Und in der Kunst ist es Albert Anker: «Siehe, die Erde ist nicht verdammt.» Wir alle sind nicht verloren.

Apropos Albert Anker: Sie sammeln seine Bilder und auch die von Ferdinand Hodler. Der eine ist stark und kräftig, fast gewalttätig der Pinselstrich, der andere zart und diaphan. Was inspiriert Sie am Fluidum, das von dieser Malerei ausgeht?

Zuerst einmal habe ich einfach gern Bilder, die mir gefallen. Ich habe diese Bilder täglich um mich herum zu Hause, und diese Bilder sind einfach unheimlich schön. Das allein ist bereichernd. Bei Anker sammle ich vor allem das Porträt. Die Einzelfigur. Die Figuren sind nicht mit Namen angeschrieben, sondern heißen zum Beispiel «Knabe nach rechts schauend» oder «Mädchen mit Halskrause», sie stehen alle für etwas, und sie sind malerisch wunderbar gemacht. Beim Hodler ist es die Landschaft.

Der große politische Haudegen der Schweiz ist also auch ein Liebhaber der Malerei, wie schön! Herr Altbundesrat, Herr Altnationalrat, ich danke Ihnen für dieses Gespräch. ■